Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe B

32. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 23. Mai 1978

Nummer 29

Glied - Nr.	Datum	Inhalt	Seite
2125	27. 4. 1978	Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Lebensmittelchemiker (APOL)	210
	28. 4. 1978	Haushaltssatzung und Bekanntmachung der Haushaltssatzung des Landschaftsverbandes Rheinland für das Haushaltsjahr 1978	224

2125

Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Lebensmittelchemiker (APOL)

Vom 27. April 1978

Auf Grund des § 4 des Gesetzes über die Berufsbezeichnung „Lebensmittelchemiker“ vom 7. März 1978 (GV. NW. S. 88) wird im Einvernehmen mit dem Minister für Wissenschaft und Forschung verordnet:

Inhaltsübersicht

Erster Abschnitt

Studium und praktische Ausbildung

- § 1 Gliederung der Ausbildung
- § 2 Wissenschaftliches Studium
- § 3 Praktische Ausbildung

Zweiter Abschnitt

Allgemeine Prüfungsvorschriften

- § 4 Einrichtung von Prüfungskommissionen
- § 5 Zuständige Prüfungskommission
- § 6 Zusammensetzung der Prüfungskommissionen
- § 7 Meldung zur Prüfung
- § 8 Versagung der Zulassung
- § 9 Prüfungsverfahren
- § 10 Prüfungstermine
- § 11 Rücktritt und Versäumnis
- § 12 Ordnungsverstöße
- § 13 Bestehen und Wiederholung
- § 14 Zeugnisse und Mitteilungen

Dritter Abschnitt

Besondere Prüfungsvorschriften

- § 15 Zwischenprüfung
- § 16 Erste staatliche Prüfung
- § 17 Zweite staatliche Prüfung

Vierter Abschnitt

Schlußbestimmungen

- § 18 Anrechnung und Anerkennung
- § 19 Inkrafttreten

Anlagen 1 bis 10

Erster Abschnitt

Studium und praktische Ausbildung

§ 1

Gliederung der Ausbildung

- (1) Die Ausbildung zum Lebensmittelchemiker umfaßt
1. ein Studium der Lebensmittelchemie an einer Universität, Technischen Hochschule oder Gesamthochschule in der Bundesrepublik Deutschland von in der Regel acht Semestern, mindestens von sieben Semestern;
 2. eine zusammenhängende praktische Ausbildung von zwölf Monaten;
 3. folgende Prüfungen:
 - a) die staatliche Zwischenprüfung,
 - b) die Erste staatliche Prüfung,
 - c) die Zweite staatliche Prüfung.
- (2) Die Prüfungen nach Abs. 1 Nr. 3 können abgelegt werden:
1. die Zwischenprüfung nach einem Studium der Lebensmittelchemie von in der Regel vier Semestern, mindestens von drei Semestern;
 2. die Erste staatliche Prüfung nach einem Studium der Lebensmittelchemie von vier Semestern nach Bestehen der Zwischenprüfung;

3. die Zweite staatliche Prüfung nach Bestehen der Ersten staatlichen Prüfung und der sich anschließenden praktischen Ausbildung.

§ 2

Wissenschaftliches Studium

(1) Die Hochschule vermittelt eine Ausbildung, die es dem Studierenden ermöglicht, die Kenntnisse und Fähigkeiten zu erwerben, die in den in dieser Verordnung vorgesehenen Prüfungen gefordert werden. Sie führt zu diesem Zweck über die in den Anlagen 1 und 2 zu dieser Verordnung genannten praktischen Übungen und Seminare hinaus vorbereitende und begleitende theoretische Unterrichtsveranstaltungen und Exkursionen zu den in Anlage 3 zu dieser Verordnung genannten Themenbereichen durch. Die Hochschule kann die Teilnahme an den praktischen Übungen von der Teilnahme an theoretischen Unterrichtsveranstaltungen und Exkursionen abhängig machen, sofern der Unterrichtsstoff dies erfordert.

Anlagen
1 und 2

Anlage 3

(2) In den praktischen Übungen soll die Fähigkeit zur selbständigen praktischen Tätigkeit vermittelt werden. Soweit der Lehrstoff eine unmittelbare Unterrichtung in kleinen Gruppen erfordert, soll dies angestrebt werden.

(3) Der Studierende weist seine regelmäßige und erfolgreiche Teilnahme an den in Absatz 1 genannten praktischen Übungen und Seminaren durch Bescheinigungen nach dem Muster der Anlage 4 zu dieser Verordnung nach.

Anlage 4

§ 3

Praktische Ausbildung

(1) Die praktische Ausbildung nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 findet nach dem Bestehen der Ersten staatlichen Prüfung an einem öffentlichen Chemischen und Lebensmitteluntersuchungsamt statt.

(2) Während der praktischen Ausbildung sollen die im vorhergehenden Studium erworbenen lebensmittelchemischen Kenntnisse vertieft, erweitert und praktisch angewendet werden. Zur Ausbildung gehören sämtliche in der amtlichen Lebensmittelüberwachung anfallenden Aufgaben. Die Ausbildung muß von einem Lebensmittelchemiker geleitet werden. Der Praktikant hat seine Arbeitskraft zu ganztägiger Mitarbeit zur Verfügung zu stellen. Er darf nicht zu Tätigkeiten herangezogen werden, die seine Ausbildung nicht fördern.

(3) Die praktische Ausbildung kann bis zu insgesamt fünfundzwanzig Ausbildungstagen unterbrochen werden. Über die Ausbildung erhält der Praktikant eine Bescheinigung nach dem Muster der Anlage 5 zu dieser Verordnung.

Anlage 5

(4) Auf die Ausbildungszeit nach Absatz 1 kann der Vorsitzende der Prüfungskommission eine erfolgreiche lebensmittelchemische Tätigkeit an einem lebensmittelchemischen Hochschulinstitut oder an einer ähnlichen Forschungseinrichtung bis zu sechs Monaten anrechnen. Die Ausbildungszeit an einer chemischen Untersuchungsstelle der Bundeswehr wird voll angerechnet.

Zweiter Abschnitt

Allgemeine Prüfungsvorschriften

§ 4

Einrichtung von Prüfungskommissionen

(1) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Prüfungen werden vor einer Prüfungskommission abgelegt.

(2) Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales bildet für die Zwischenprüfung und die Erste staatliche Prüfung Prüfungskommissionen bei den Hochschulen, an denen ein Studium gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 1 angeboten wird. Die Hochschulen unterbreiten dazu Vorschläge. Für die Zweite staatliche Prüfung bildet er eine Prüfungskommission beim Chemischen Landesuntersuchungsamt in Münster. Er kann weitere Prüfungskommissionen auch bei anderen Chemischen und Lebensmitteluntersuchungsämtern einrichten.

§ 5

Zuständige Prüfungskommission

(1) Die Zwischenprüfung und die Erste staatliche Prüfung sind vor der Prüfungskommission bei der Hochschule abzulegen, an der der Prüfungsbewerber im Zeitpunkt der Meldung zur Prüfung Lebensmittelchemie studiert oder zuletzt studiert hat.

(2) Die Zweite staatliche Prüfung kann vor jeder Prüfungskommission für die Zweite staatliche Prüfung abgelegt werden.

(3) Wiederholungsprüfungen sind vor der Prüfungskommission abzulegen, bei der die Prüfung oder das Prüfungsfach nicht bestanden worden ist.

(4) Die Vorsitzenden der Prüfungskommissionen können in begründeten Fällen im gegenseitigen Einvernehmen Ausnahmen von den Absätzen 1 und 3 zulassen und anordnen.

§ 6

Zusammensetzung der Prüfungskommissionen

(1) Die Mitglieder der Prüfungskommissionen sowie deren Stellvertreter werden vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales für die Dauer von drei Jahren bestellt. Sie bestehen jeweils aus dem Vorsitzenden und bei der Zwischenprüfung und der Zweiten staatlichen Prüfung aus zwei, bei der Ersten staatlichen Prüfung aus drei weiteren Mitgliedern.

(2) Zu Mitgliedern und deren Stellvertretern sind für die Zwischenprüfung und die Erste staatliche Prüfung Hochschullehrer und, soweit dies zur Durchführung der Prüfung erforderlich ist, wissenschaftliche Mitarbeiter mit eigenverantwortlicher Lehrtätigkeit, für die Zweite staatliche Prüfung Lebensmittelchemiker zu bestellen.

§ 7

Meldung zur Prüfung

(1) Über die Zulassung zur Prüfung entscheidet der Vorsitzende der Prüfungskommission.

(2) Der Antrag auf Zulassung zur Prüfung muß dem Vorsitzenden der Prüfungskommission bis zu dem von ihm jeweils bekanntgegebenen Termin zugegangen sein. Später eingehende Anträge sind zu berücksichtigen, wenn ein ausreichender Grund glaubhaft gemacht wird und der Stand des Verfahrens die Teilnahme des Prüfungsbewerbers noch zuläßt.

(3) Dem Antrag auf Zulassung zur Zwischenprüfung sind beizufügen

1. die Geburtsurkunde,
2. das Reifezeugnis oder ein von der zuständigen Stelle als gleichwertig anerkanntes Zeugnis,
3. das Studienbuch oder andere von der Hochschule zum Nachweis der Studienzeiten ausgestellte Unterlagen,
4. die Nachweise über die regelmäßige und erfolgreiche Teilnahme an den in der Anlage 1 zu dieser Verordnung vorgeschriebenen praktischen Übungen.

(4) Dem Antrag auf Zulassung zur Ersten staatlichen Prüfung sind beizufügen

1. das Studienbuch oder andere von der Hochschule zum Nachweis der Studienzeiten ausgestellte Unterlagen,
2. das Zeugnis über die Zwischenprüfung, eine nach § 18 Abs. 2 als gleichwertig anerkannte Prüfung oder eine nach § 18 Abs. 1 oder 3 gleichstehende Prüfung,
3. die Nachweise über die regelmäßige und erfolgreiche Teilnahme an den in der Anlage 2 zu dieser Verordnung vorgesehenen praktischen Übungen und Seminaren.

(5) Dem Antrag auf Zulassung zur Zweiten staatlichen Prüfung sind beizufügen

1. das Studienbuch oder andere von der Hochschule zum Nachweis der Studienzeiten ausgestellte Unterlagen,
2. das Zeugnis über die Erste staatliche Prüfung, eine gemäß § 18 Abs. 1 gleichstehende oder gemäß § 18 Abs. 2 als gleichwertig anerkannte Prüfung,
3. der Nachweis über die praktische Ausbildung gemäß § 3 Abs. 3.

(6) Die für die Zulassung zur Ersten staatlichen Prüfung gemäß Abs. 4 Nr. 3 zu erbringenden Nachweise müssen nach Bestehen der Zwischenprüfung erworben sein.

(7) Soweit der Prüfungsbewerber die in Abs. 3 Nr. 4 und Abs. 4 Nr. 3 vorgeschriebenen Nachweise bis zum Ablauf der Antragsfrist noch nicht erworben hat, können sie in einer vom Vorsitzenden der Prüfungskommission zu bestimmenden Frist nachgereicht werden. Hat der Prüfungsbewerber im Zeitpunkt der Meldung zur Zweiten staatlichen Prüfung die Ausbildung nach § 3 Abs. 1 noch nicht abgeschlossen, so hat er eine vorläufige Bescheinigung des für die Ausbildung Verantwortlichen vorzulegen, aus der hervorgeht, daß er die Ausbildung bis zum Beginn der Prüfung abschließen wird. Die endgültige Bescheinigung nach dem Muster der Anlage 5 zu dieser Verordnung ist unverzüglich nach Erhalt nachzureichen; sie muß dem Vorsitzenden der Prüfungskommission spätestens zu Beginn der Prüfung vorliegen.

(8) Bei der Meldung zur Ersten staatlichen Prüfung bestimmt der Bewerber aus den in der Anlage 7 zu dieser Verordnung genannten Wahlfächern ein Fach als Wahlpflichtfach für den mündlichen Teil der Prüfung. Die Bestimmung des Wahlpflichtfachs kann nach der Zulassung zur Prüfung nicht mehr geändert werden.

Anlage 7

§ 8

Versagung der Zulassung

Die Zulassung zu einer Prüfung ist zu versagen, wenn

1. der Prüfungsbewerber
 - a) den Antrag auf Zulassung nicht rechtzeitig stellt und einen ausreichenden Grund für die Fristversäumnis nicht glaubhaft macht oder der Stand des Verfahrens seine Teilnahme nicht zuläßt oder
 - b) die vorgeschriebenen Nachweise nicht oder nicht rechtzeitig beibringt;
2. die Prüfung nicht wiederholt werden darf (§ 13 Abs. 2 und 3) oder eine entsprechende Prüfung in einem anderen Land der Bundesrepublik nicht abgeschlossen oder endgültig nicht bestanden ist.

§ 9

Prüfungsverfahren

(1) In der Zwischenprüfung wird mündlich, in der Ersten und Zweiten staatlichen Prüfung wird praktisch und mündlich geprüft.

(2) Die Prüflinge sind bei den mündlichen Prüfungsfächern in Gruppen bis zu fünf Personen zu prüfen (Gruppenprüfung). In Ausnahmefällen kann auch bei einer mündlichen Prüfung einzeln geprüft werden (Einzelprüfung). Bei den praktischen Prüfungsfächern werden die Prüflinge einzeln geprüft.

(3) Die Prüfungskommission hat während der gesamten Dauer der Zwischenprüfung und des mündlichen Teils der Ersten und Zweiten staatlichen Prüfung anwesend zu sein (Kollegialprüfung). In den praktischen Prüfungsfächern ist gemäß §§ 16 Abs. 3, 17 Abs. 2 Satz 2 zu verfahren.

(4) Der Vorsitzende der Prüfungskommission leitet die Prüfung und ist selbst Prüfer. Er hat darauf zu achten, daß die Prüflinge in geeigneter Weise befragt und ihnen geeignete praktische Aufgaben gestellt werden. Ihm obliegt die Aufrechterhaltung der Ordnung. Zu den mündlichen Prüfungen hat er jeweils bis zu zehn Personen, die sich im gleichen Ausbildungsabschnitt befinden, als Zuhörer zuzulassen. Der Prüfling kann der Zulassung von Zuhörern bei seiner Prüfung widersprechen. In diesem Fall entscheidet der Vorsitzende der Prüfungskommission nach pflichtgemäßem Ermessen. Die Entscheidung ist nicht selbständig anfechtbar. Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an die Prüflinge.

(5) Die Prüfungskommission trifft alle Entscheidungen über Prüfungsleistungen. Sie beschließt mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Die Beratungen der Prüfungskommission sind nicht öffentlich.

(6) Die einzelnen Prüfungsleistungen sind mit einer der folgenden Noten zu bewerten:

- 1 = sehr gut = eine den Anforderungen in besonderem Maße entsprechende Leistung;
 2 = gut = eine den Anforderungen voll entsprechende Leistung;
 3 = befriedigend = eine den Anforderungen im allgemeinen entsprechende Leistung;
 4 = ausreichend = eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im ganzen den Anforderungen noch entspricht;
 5 = mangelhaft = eine den Anforderungen nicht entsprechende Leistung, die jedoch erkennen läßt, daß die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden können;
 6 = ungenügend = eine den Anforderungen nicht entsprechende Leistung, bei der selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, daß die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden können.

Anlage 6

(7) Für jedes Prüfungsfach ist bei der mündlichen Prüfung vom Vorsitzenden der Prüfungskommission, bei der praktischen Prüfung von dem jeweiligen Prüfer, eine Niederschrift nach dem Muster der Anlage 6 zu fertigen, aus der der Gegenstand der Prüfung, die Bewertung der Leistungen sowie etwaige Unregelmäßigkeiten zu ersehen sind. Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden der Prüfungskommission, bei der praktischen Prüfung von dem jeweiligen Prüfer zu unterzeichnen.

§ 10

Prüfungstermine

(1) Der Prüfungstermin wird vom Vorsitzenden der Prüfungskommission festgesetzt.

(2) Die Prüfungen finden einmal in jedem Halbjahr statt. Die Zweite staatliche Prüfung findet im ersten Halbjahr nach Beendigung der praktischen Ausbildung statt. Der Prüfling kann die Zweite staatliche Prüfung auch zu einem späteren Zeitpunkt ablegen.

(3) Wiederholungsprüfungen beginnen innerhalb von 2 Monaten nach Ablauf der gemäß § 13 Abs. 4 bestimmten Frist.

(4) Der Prüfling wird spätestens vierzehn Tage vor dem Prüfungstermin durch den Vorsitzenden der Prüfungskommission gegen Empfangsbekanntnis geladen. In der Ladung sind die Prüfer zu benennen.

§ 11

Rücktritt und Versäumnis

(1) Nach der Zulassung zur Prüfung ist ein Rücktritt nur mit Genehmigung des Vorsitzenden der Prüfungskommission zulässig. Der Prüfling hat die Gründe für seinen Rücktritt unverzüglich dem Vorsitzenden der Prüfungskommission mitzuteilen. Wird der Rücktritt von der gesamten Prüfung, von mehreren Prüfungsfächern oder von einem Prüfungsfach genehmigt, so gilt die Prüfung insoweit als nicht unternommen. Die Genehmigung ist nur zu erteilen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Im Falle der Krankheit kann die Vorlage einer ärztlichen oder amtsärztlichen Bescheinigung verlangt werden. Wird der Rücktritt von der Prüfung, von mehreren Prüfungsfächern oder von einem Prüfungsfach nicht genehmigt, so wird die Prüfung insoweit mit der Note 6 bewertet.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend, wenn der Prüfling einen Prüfungstermin versäumt, eine Aufgabe eines praktischen Prüfungsfaches nicht oder nicht fristgerecht fertigstellt oder die Prüfung unterbricht.

(3) Der Prüfling wird in den Fällen der Absätze 1 und 2 von dem Vorsitzenden der Prüfungskommission zum nächsten Prüfungstermin geladen.

§ 12

Ordnungsverstöße

Stört ein Prüfling den ordnungsgemäßen Ablauf einer Prüfung in erheblichem Maße oder unternimmt er eine Täuschung, so kann das betreffende Prüfungsfach oder

die ganze Prüfung mit der Note 6 bewertet werden. Die Entscheidung trifft die Prüfungskommission bei Störungen oder Täuschungsversuchen außerhalb der mündlichen Prüfung der Vorsitzende der Prüfungskommission nach Anhörung des jeweiligen Prüfers. § 11 Abs. 3 gilt entsprechend.

§ 13

Bestehen und Wiederholung

(1) Eine Prüfung ist bestanden, wenn alle Prüfungsfächer bestanden sind. Ein Prüfungsfach ist bestanden, wenn mindestens die Note 4 erzielt worden ist.

(2) Jedes nicht bestandene Prüfungsfach kann zweimal wiederholt werden. Wird die zweite Wiederholungsprüfung in einem Fach nicht bestanden, so ist die gesamte Prüfung endgültig nicht bestanden.

(3) Ist eine Prüfung endgültig nicht bestanden, so darf der Prüfling auch nach einem erneuten Studium der Lebensmittelchemie oder einer erneuten praktischen Ausbildung nicht zu einer Prüfung nach dieser Verordnung zugelassen werden.

(4) Ist die Prüfung in einem oder mehreren Fächern zu wiederholen, so bestimmt die Prüfungskommission die Frist, nach deren Ablauf die Prüfung in den nicht bestandenen Fächern zu wiederholen ist. Die Frist beträgt für ein mit der Note 5 bewertetes Prüfungsfach mindestens zwei Monate, für ein mit der Note 6 bewertetes Prüfungsfach mindestens fünf Monate. Eine Frist von mehr als zwölf Monaten darf nicht bestimmt werden.

(5) Zur Wiederholung der Prüfung in einem oder mehreren Fächern wird der Prüfling von Amts wegen geladen.

§ 14

Zeugnisse und Mitteilungen

(1) Dem Prüfling ist nach der mündlichen Prüfung bekanntzugeben, ob er die Prüfung bestanden und welche Einzelnoten er erhalten hat.

(2) Ist die Prüfung bestanden, so erhält der Prüfling ein Zeugnis nach dem Muster der Anlagen 8 bis 10 zu dieser Verordnung.

(3) Ist die Prüfung nicht bestanden, so erhält der Prüfling unverzüglich einen schriftlichen Bescheid. In dem Bescheid sind die Gründe für das Nichtbestehen der Prüfung anzugeben und die Frist zu bestimmen, nach deren Ablauf die Prüfung in den nicht bestandenen Fächern zu wiederholen ist. Ist eine Wiederholung nicht möglich (§ 13 Abs. 2 und 3), so hat der Bescheid den Hinweis zu enthalten, daß der Prüfling auch nach erneuten Studium der Lebensmittelchemie oder einer erneuten praktischen Ausbildung zu einer Prüfung nach dieser Verordnung nicht zugelassen werden kann.

(4) Das Nichtbestehen einer Prüfung wird im Studienbuch oder in anderen von der Hochschule zum Nachweis von Studienzeiten ausgestellten Unterlagen vermerkt. Das endgültige Nichtbestehen ist besonders zu vermerken.

Dritter Abschnitt

Besondere Prüfungsvorschriften

§ 15

Zwischenprüfung

(1) Die Zwischenprüfung umfaßt folgende Prüfungsfächer:

1. Anorganische, organische, analytische und physikalische Chemie
2. Physik
3. Biologie
Grundlagen der Biologie unter besonderer Berücksichtigung der Botanik.

(2) Bei Gruppenprüfungen soll die auf einen Prüfling entfallende Prüfungszeit etwa 90 Minuten betragen. Einzelprüfungen dauern etwa 120 Minuten. Von der Prüfungszeit soll etwa die Hälfte auf das erste Prüfungsfach und je ein Viertel auf die beiden anderen Prüfungsfächer entfallen. Die Prüfung ist durch eine angemessene Pause zu unterbrechen.

Anlagen
8 bis 10

§ 16

Erste staatliche Prüfung

(1) Die Erste staatliche Prüfung besteht aus einem praktischen und einem mündlichen Teil. Der mündliche Teil wird nach dem praktischen Teil geprüft. Zwischen beiden Teilen darf ein Zeitraum von höchstens acht Wochen liegen. Die Frist kann vom Vorsitzenden der Prüfungskommission aus wichtigem Grund verlängert werden.

(2) Der praktische Teil umfaßt folgende Prüfungsfächer:

1. Lebensmittelchemie,
2. Chemisch-toxikologische Analytik,
3. Mikroskopie von Lebensmitteln oder Bedarfsgegenständen.

(3) Im praktischen Teil werden den Prüflingen von den jeweiligen Prüfern im Benehmen mit dem Vorsitzenden der Prüfungskommission Aufgaben gestellt. Sie sind so zu wählen, daß der praktische Teil in vier Wochen abgeschlossen werden kann. Bei Bekanntgabe einer Aufgabe ist die Frist anzugeben, innerhalb der die gestellte Aufgabe auszuführen ist. Der Prüfling hat die Aufgabe unter Aufsicht des Prüfers oder dessen Beauftragten auszuführen und über die Untersuchungsergebnisse täglich eine Niederschrift anzufertigen, die vom Aufsichtsführenden gegenzuzeichnen ist. In einem schriftlichen Bericht zu jeder Aufgabe hat der Prüfling den Arbeitsgang genau zu beschreiben und die Ergebnisse zusammenzufassen. Er hat die benutzte Literatur anzugeben und zu erklären, daß er die Aufgabe ohne fremde Hilfe ausgeführt hat. Der Bericht ist innerhalb von drei Tagen nach Ausführung der Aufgabe dem Prüfer oder dessen Beauftragten zu übergeben.

(4) Der mündliche Teil umfaßt folgende Prüfungsfächer:

1. Lebensmittelchemie
Chemie der Lebensmittel, der Tabakerzeugnisse, der kosmetischen Mittel, der Bedarfsgegenstände und des Wassers unter Berücksichtigung technologischer, chemisch-toxikologischer und ökologisch-chemischer Fragen sowie wesentliche Grundzüge der Ernährungswissenschaft und angewandten Biochemie
2. Botanik der Lebensmittel
3. Mikrobiologie der Lebensmittel einschließlich der Grundzüge der Bakteriologie.
4. Wahlpflichtfach gemäß Anlage 7 nach Maßgabe des örtlichen Lehrangebotes.

(5) Für den mündlichen Teil gilt § 15 Abs. 2 entsprechend. Jedoch soll etwa ein Drittel der Prüfungszeit auf das erste Prüfungsfach und die verbleibende Prüfungszeit zu etwa gleichen Teilen auf die übrigen Prüfungsfächer entfallen.

§ 17

Zweite staatliche Prüfung

(1) Die Zweite staatliche Prüfung besteht aus einem praktischen und einem mündlichen Teil.

(2) Der praktische Teil umfaßt folgende Prüfungsfächer:

1. Untersuchung und rechtliche Beurteilung eines Lebensmittels;

2. Untersuchung und rechtliche Beurteilung eines Tabakerzeugnisses, eines kosmetischen Mittels oder eines Bedarfsgegenstandes;

3. Untersuchung und Beurteilung eines Trink-, Brauch- oder Abwassers.

§ 16 Abs. 3 gilt entsprechend; die Berichte sind jedoch innerhalb von vier Tagen nach Ausführung der Aufgabe dem Prüfer oder dessen Beauftragten zu übergeben; die Berichte zum ersten und zweiten Prüfungsfach sind in der für die amtliche Lebensmittelüberwachung erforderlichen Form abzufassen.

(3) Der mündliche Teil besteht aus dem Prüfungsfach Lebensmittelrecht und Lebensmittelüberwachung. Die Prüfung soll für einen Prüfling etwa dreißig Minuten dauern. Im übrigen gilt § 16 Abs. 1 entsprechend.

Vierter Abschnitt Schlußbestimmungen

§ 18

Anrechnung und Anerkennung

(1) Die in den anderen Ländern der Bundesrepublik auf Grund der dort geltenden Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für Lebensmittelchemiker abgelegten Prüfungen stehen den Prüfungen nach dieser Verordnung gleich.

(2) Der Vorsitzende der nach § 5 zuständigen Prüfungskommission kann Zeiten eines verwandten Studiums in der Bundesrepublik Deutschland oder eines Studiums der Lebensmittelchemie oder eines verwandten Studiums im Ausland auf das in dieser Verordnung vorgesehene Studium ganz oder teilweise anrechnen, soweit Gleichwertigkeit gegeben ist. Für die Anerkennung von Prüfungen gilt Satz 1 entsprechend mit Ausnahme der Zweiten staatlichen Prüfung.

(3) Der staatlichen Zwischenprüfung nach dieser Verordnung steht der Zweite Prüfungsabschnitt der pharmazeutischen Prüfung gleich.

(4) Die Teilnahme an den in der Anlage 1 zu dieser Verordnung unter Nr. 1-4 aufgeführten praktischen Übungen braucht nicht nachzuweisen, wer die Vorprüfung für Diplomchemiker oder Diplomingenieure der Fachrichtung Chemie bestanden hat. Er ist von der Zwischenprüfung in den Fächern Chemie und Physik befreit. Er kann abweichend von § 7 Abs. 6 die für die Zulassung zur Ersten staatlichen Prüfung zu erbringenden Nachweise bereits vor bestandener Zwischenprüfung erwerben. Vor Beginn des mikroskopischen Praktikums (Anlage 2) muß die Zwischenprüfung bestanden sein.

§ 19

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 27. April 1978

Der Minister
für Arbeit, Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Friedhelm Farthmann

Folgende praktischen Übungen sind bei der Meldung zur Zwischenprüfung nachzuweisen:

1. Anorganisches und analytisches Praktikum
2. Organisch-chemisches Praktikum
3. Physikalisch-chemisches Praktikum
4. Physikalisches Praktikum
5. Botanisch-mikroskopisches Praktikum.

Anlage 2
(zu §§ 2 Abs. 1; 7 Abs. 4 Nr. 3)

Folgende praktische Übungen und Seminare sind bei der Meldung zur Ersten staatlichen Prüfung nachzuweisen:

1. Lebensmittelchemisches Praktikum

Ganztägige Übung mit Untersuchung von Lebensmitteln, Tabakerzeugnissen, kosmetischen Mitteln und Bedarfsgegenständen verbunden mit chemisch-toxikologischen Untersuchungen (drei Semester)

2. Mikrobiologisches und bakteriologisches Praktikum

Übung – mit Einführung – in Mikrobiologie, Bakteriologie und Hygiene insbesondere der Lebensmittel und des Trinkwassers (ein Semester)

3. Mikroskopisches Praktikum

Übung an Lebensmitteln (ein Semester)

4. Lebensmittelrechtliches Seminar

Seminar über die rechtlichen Grundlagen der Überwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln, Tabakerzeugnissen, kosmetischen Mitteln und Bedarfsgegenständen (zwei Semester).

Themenbereiche für theoretische Unterrichtsveranstaltungen und Exkursionen:

Anorganische Chemie

Organische Chemie

Analytische Chemie

Physikalische Chemie

Biologie, insbesondere Botanik

Physik

Chemie, Analytik und Beurteilung der Lebensmittel, Tabakerzeugnisse, kosmetischen Mittel und der Bedarfsgegenstände

Produktion und Technologie der Lebensmittel, Tabakerzeugnisse, kosmetischen Mittel und der Bedarfsgegenstände

Chemie, Analytik und Beurteilung der Trink-, Brauch- und Abwässer

Botanik der Lebensmittel

Mikrobiologie, Bakteriologie und Hygiene der Lebensmittel, der Bedarfsgegenstände, der Kosmetika und des Wassers

Chemie und Analytik im Rahmen des Umweltschutzes

Ernährungswissenschaft einschließlich ihrer biochemischen Grundlagen

Chemische Toxikologie

Rechtliche Grundlagen der Lebensmittelüberwachung

Grundzüge des Verwaltungsrechts

Technologie und Mikrobiologie (Exkursionen)

Bescheinigung über die Teilnahme

an dem

Der / Die Studierende der Lebensmittelchemie

.....

hat im Halbjahr

an dem oben bezeichneten Praktikum/Seminar regelmäßig und mit Erfolg teilgenommen.

....., den

(Siegel)

.....
(Unterschrift des verantwortlichen Hochschullehrers)

Bescheinigung über die praktische Ausbildung

Herr/Frau

geboren am in

ist in der Zeit vom bis

nach § 3 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Lebensmittelchemiker unter meiner Aufsicht und
Anleitung praktisch ausgebildet worden. Er/Sie hat in dieser Zeit ganztägig mitgearbeitet.

Die Ausbildung ist nicht/an insgesamt Ausbildungstagen unterbrochen worden.

....., den

(Siegel oder Stempel)

.....
(Bezeichnung der Ausbildungsstätte).....
(Unterschrift des für die Ausbildung Verantwortlichen)

Niederschrift

über die Zwischenprüfung/Erste/Zweite staatliche Prüfung

in dem Prüfungsfach

.....

Herr/Frau geb. am

in ist am/vom

vor der Prüfungskommission bei

.....

durch den Prüfer*) geprüft worden.

Das Prüfungsfach ist mit der Note bewertet worden.

Gegenstand der Prüfung:

.....

.....

Bemerkungen:**)

.....
[Unterschrift des Prüfers*)/
des Vorsitzenden der Prüfungskommission]

*) Entfällt bei Kollegialprüfungen (§ 9 Abs. 3).

***) Hier ist die Note kurz zu begründen und anzugeben, ob und gegebenenfalls um die wievielte Wiederholungsprüfung es sich handelt. Ferner sind Unregelmäßigkeiten anzugeben. Bei nicht bestandenen Prüfungsfächern sind außerdem vom Vorsitzenden der Prüfungskommission die für die Wiederholungsprüfung bestimmten Fristen zu vermerken.

Anlage 7

(zu § 7 Abs. 8, § 16 Abs. 4 Nr. 4)

Wahlfächer für den mündlichen Teil der Ersten staatlichen Prüfung:

1. Angewandte Biochemie und Ernährungswissenschaft
2. Produktion und Verarbeitung der Lebensmittel
3. Chemie und Analytik im Rahmen des Umweltschutzes

Die Prüfungskommission bei der

Zeugnis
über die Zwischenprüfung
für Lebensmittelchemiker

Der / Die Studierende der Lebensmittelchemie

.....

geboren am in

hat am vor der Prüfungskommission

bei der

in

die Zwischenprüfung für Lebensmittelchemiker bestanden und dabei folgende Einzelnoten erzielt:

1. Chemie:

2. Physik:

3. Biologie:

....., den

Siegel
der Prüfungskommission

Der Vorsitzende
der Prüfungskommission

.....
(Unterschrift)

Die Prüfungskommission bei der

Zeugnis
über die Erste staatliche Prüfung
für Lebensmittelchemiker

Der/Die Studierende der Lebensmittelchemie

.....

geboren am in

hat am vor der Prüfungskommission

bei der

in die Erste staatliche Prüfung

für Lebensmittelchemiker bestanden und dabei folgende Einzelnoten erzielt:

Praktische Prüfung

1. Lebensmittelchemie:
2. Chemisch-toxikologische Analytik:
3. Mikroskopie von Lebensmitteln
und Bedarfsgegenständen:

Mündliche Prüfung

1. Lebensmittelchemie:
2. Botanik der Lebensmittel:
3. Mikrobiologie der Lebensmittel
einschließlich der Grundzüge der
Bakteriologie:
4. Wahlpflichtfach:

....., den

Siegel
der Prüfungskommission

Der Vorsitzende
der Prüfungskommission

.....
(Unterschrift)

Die Prüfungskommission bei dem

Zeugnis
über die Zweite staatliche Prüfung
für Lebensmittelchemiker

Herr/Frau

geboren am in

hat am vor der Prüfungskommission

bei dem

in die Zweite staatliche Prüfung

für Lebensmittelchemiker bestanden und dabei folgende Einzelnoten erzielt:

1. Untersuchung und rechtliche
Beurteilung eines Lebensmittels:
2. Untersuchung und rechtliche
Beurteilung eines Tabakerzeugnisses,
eines kosmetischen Mittels oder
eines Bedarfsgegenstandes:
3. Untersuchung und Beurteilung eines
Trink-, Brauch- oder Abwassers:
4. Lebensmittelrecht und Lebensmittel-
überwachung:

....., den

Siegel
der Prüfungskommission

Der Vorsitzende
der Prüfungskommission

.....
(Unterschrift)

Haushaltssatzung und Bekanntmachung der Haushaltssatzung des Landschaftsverbandes Rheinland für das Haushaltsjahr 1978

1. Haushaltssatzung

Aufgrund der §§ 7 und 25 der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 12. Mai 1953, zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Februar 1975 (GV. NW. S. 190), in Verbindung mit §§ 64 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Dezember 1974 (GV. NW. 1975 S. 91), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Juni 1977 (GV. NW. S. 274), hat die Landschaftsversammlung am 30. 1. 1978 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 1978 wird im Verwaltungshaushalt

in der Einnahme auf	2 261 104 700 DM
in der Ausgabe auf	2 261 104 700 DM
im Vermögenshaushalt	
in der Einnahme auf	761 499 500 DM
in der Ausgabe auf	761 499 500 DM

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 1978 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt erforderlich ist, wird auf 155 794 550 DM festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigung wird auf 302 796 000 DM festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 120 000 000 DM festgesetzt.

§ 5

Die gemäß § 24 der Landschaftsverbandsordnung zu erhebende Landschaftsumlage wird auf 12,7% der für das

Haushaltsjahr 1978 geltenden Bemessungsgrundlagen festgesetzt. Die Umlage ist in Monatsbeträgen jeweils zum 20. eines jeden Monats zu zahlen.

1. Die im Stellenplan als künftig wegfallend (kw) bezeichneten Stellen dürfen nach Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaber nicht wieder besetzt werden.
2. Die im Stellenplan ausgewiesenen Umwandlungsvermerke werden in der Weise erfüllt, daß mindestens jede zweite freiwerdende, mit dem Vermerk versehene Planstelle der Besoldungsgruppe in eine Stelle der nächstniedrigeren Besoldungsgruppe umzuwandeln ist, und zwar fortwirkend bis zu der Besoldungsgruppe, für die die Obergrenzen noch nicht erreicht sind.
3. Neben den im Haushaltsplan ausgebrachten Haushaltsvermerken gelten die in den Bestimmungen für die Ausführung des Haushaltsplans festgelegten Regelungen.

2. Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 1978 wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Die nach § 25 Abs. 2 der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit § 64 Abs. 2, § 71 Abs. 4 und § 72 Abs. 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen sowie § 24 Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit § 30 Abs. 3 des Gesetzes zur Regelung des Finanz- und Lastenausgleichs mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden für das Haushaltsjahr 1978 erforderlichen Genehmigungen zu den Festsetzungen in den §§ 2, 3 und 5 der Haushaltssatzung sind vom Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen als Aufsichtsbehörde mit Erlaß vom 18. April 1978 - III B 3-9/513-10140/78 - erteilt worden.

Der Haushaltsplan liegt zur Einsichtnahme montags bis freitags in der Zeit vom 29. Mai 1978 bis 6. Juni 1978 jeweils von 7.30 Uhr bis 17.00 Uhr im Landeshaus Köln-Deutz, Kennedy-Ufer 2, Zimmer 468, öffentlich aus.

Köln, den 28. April 1978

Der Direktor
des Landschaftsverbandes Rheinland
Dr. Czischke

- GV. NW. 1978 S. 224.

Einzelpreis dieser Nummer 2,60 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 4000 Düsseldorf, Tel. 68 88 293/94, gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. 0,50 DM Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 85 16-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 4000 Düsseldorf, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Gesetz- und Verordnungsblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 17,20 DM, Ausgabe B 19,50 DM.
Die genannten Preise enthalten 6% Mehrwertsteuer.